

(K)ein Dienst für Deutschland?

Überblick über die Wehrpflichtdebatte

von Robin Welsch

Die Bundeswehr sucht dringend Nachwuchs. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius stellte am 12. Juni 2024 sein „Wehrdienstmodell neuer Art“ vor, welches für männliche Staatsbürger die Pflicht vorsieht, in einem Online-Fragebogen persönliche Angaben für die Bundeswehr zu machen. Dennoch fordern Teile der SPD, die CDU, Verteidigungspolitiker*innen und Militär das Comeback der Wehrpflicht zur „glaubhaften Abschreckung“ und Verteidigung Deutschlands gegen die „autoritäre Bedrohung aus dem Osten“. Im Folgenden sollen die Hintergründe der aktuellen Debatte über die mögliche Re-Aktivierung der Wehrpflicht dargestellt werden.

Personalmangel: Zielgrößen und Rekrutierungsprobleme

Laut den Zahlen der Bundeswehr arbeiten derzeit 179.694 Soldat*innen in Uniform für die Bundeswehr.¹ Mit der 2016 eingeläuteten „Trendwende Personal“ wurde auf ein neues Verfahren gesetzt, die Mittelfristige Personalplanung (MPP). Der daran anknüpfend ausgegebene Zielumfang von 203.000 Soldat*innen (einschließlich 4.500 Reservist*innen) wurde allerdings bereits mehrfach um zwei bis vier Jahre verschoben, zuerst von 2025 auf das Jahr 2027, dann auf das Jahr 2031. Der Business Insider berichtete im Mai 2024, das Verteidigungsministerium prüfe laut mehrerer Insider offenbar „eine Verschiebung der Zielgröße von 203.000“ auf das Jahr 2035. Jedoch sollen im Unterschied zu vorherigen Plänen „rund 4500 Stellen für Reservisten rausgerechnet werden“, es handele es sich bei der Zahl für die angestrebte Truppenstärke „um ausschließlich aktive Soldaten“.²

Seit der Corona-Pandemie waren die Bewerber*innenzahlen generell eingebrochen, als Gründe für die schwierige Lage wurden unter anderem der Fachkräfte-

mangel und der demografische Wandel genannt. Gleichzeitig ist die Rede von deutlich höher liegenden Zielgrößen der Bundeswehr unter Berücksichtigung der NATO-Fähigkeitsziele. In einem vertraulichen Papier des Verteidigungsministeriums rechnet man vor, dass die NATO-Planung „absehbar“ eine Erhöhung des deutschen Personalziels auf „tendenziell deutlich über 272.000 Soldaten“ erfordere.³ Die Forderung des NATO-Bündnisses nach zusätzlichen Korps- und Divisionstruppen sowie Brigaden samt Unterstützungskräften bedeute für die Bundeswehr einen zusätzlichen Bedarf von rund 75.000 Soldatinnen und Soldaten.³

Die angestrebte Personalzielgröße liegt allerdings nach wie vor bei 203.000 (wahrscheinlich sollen die deutlich höheren Zahlen über einen massiven Ausbau der Reserve erreicht werden), doch schon allein diese Zahl muss erst einmal erreicht werden.

Trotz einer Erhöhung der Finanzmittel für Rekrutierungskampagnen von 35 Millionen im Jahr 2023 auf 58 Millionen Euro im Jahr 2024 fehlen der Bundeswehr Freiwillig Wehrdienstleistende und Soldat*innen, allen voran jedoch Fachpersonal. Für ihre Rekrutierungskampagnen nutzt die Bundeswehr verschiedenste Kanäle der sozialen Medien, YouTube-Serien, Snapchat-Filter und Multimedia-Kampagnen von Plakaten bis hin zu Pizzakartons. Vertreten ist die Bundeswehr außerdem auf verschiedenen Messen vom Tag der Bundeswehr über die Gamescom bis zu Berufs- und Bildungsmessen. All die Bemühungen scheinen jedoch nicht so ganz dabei geholfen zu haben, den schlechten Ruf als Arbeitgeber aufzupolieren.

Außerdem weist die Bundeswehr eine hohe Abbrecherquote von Wehrdienstleistenden oder Auszubildenden auf, die im Jahr 2023 bei 21%, lag. Besonders hoch ist die Abbrecherquote bei den Minderjährigen, die mit 17 Jahren den Freiwilligen Wehrdienst bzw. ihre Ausbildung als Berufs- oder Zeitsoldat*innen bei der Bun-



Karikatur: Arno Neuber/IMI.

deswehr beginnen, von ihnen brachen im Jahr 2023 27% vorzeitig ab.⁴ Trotz der höheren Abbrecherquote und massiver Kritik von Seiten der Bildungsgewerkschaft GEW sowie vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und amtierender Politiker*innen wurde diese Praxis der Einstellung von Minderjährigen in die Bundeswehr von Seiten der Regierung bisher nicht gestoppt.⁵

Mit dem aktuellen Jugendmagazin der Bundeswehr „BE Strong“ inszeniert sich die Bundeswehr gegenüber einer jungen Zielgruppe von Schüler*innen und Berufseinsteiger*innen einfach als ein ganz „normaler“ Arbeitgeber mit vielfältigen Ausbildungsangeboten und Karrierechancen für junge Menschen, gezeigt werden junge Frauen und Männer bei ihrer Arbeit bei der Bundeswehr.⁶ Auf diese Strategie scheinen sie jetzt verstärkt zu setzen. Auch die neue TikTok-Kampagne „Explorer“ zur neuen Serie, in der vier Influencer*innen einen Roadtrip durch die Abteilungen der Bundeswehr machen und damit für die Bundeswehr werben.

Die bisherigen Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr für den Freiwilligen Wehrdienst lassen sich schwerlich optimieren. Die Bundeswehrwerbekampagnen der letzten Jahre – von zynisch-plumpen Werbeplakaten und geschichtsvergessenen Slogans wie „was zählt, wenn wir wieder Stärke zeigen müssen“ oder „Gas, Wasser, Schießen“ bis hin zur romantischen Verklärung des Soldat*innen-Berufs durch YouTube-Serien und Social-Media-Präsenz nach dem Motto „Helden in Grün“ – sind einfach nur daneben. Was nicht gezeigt

wird, ist der tatsächliche Soldat*innen-Beruf, wie er wirklich ist, eine Vorbereitung für den Krieg, den Umgang mit schweren Waffen, das Töten und getötet werden. Und das unter der Prämisse eines bedingungslosen Gehorsams gegenüber militärischen Autoritäten und machtpolitischen Interessen.

Diverse Modelle

Die Bundeswehr finde nicht genügend Soldat*innen für ihre Streitkräfte und somit könne sie die Erfordernisse zur Landes- und Bündnisverteidigung nicht erreichen. Mithilfe der Wehrpflicht solle, so die gängigen Behauptungen, die Personallücke „einfach“ geschlossen werden und ein Beitrag wahlweise zur Abschreckung oder zeitgemäßen Verteidigung geleistet werden.

Boris Pistorius kündigte in diesem Frühjahr an, dass er Anfang Juni 2024 einen Vorschlag für „ein Wehrdienstmodell neuer Art“ vorlegen werde. In der Ampel-Koalition tut sich Bundeskanzler Olaf Scholz, aber auch der „linke“ Flügel der SPD, die Grünen sowie die marktliberale FDP schwer mit der Vorstellung einer Wehrpflicht, die Reaktivierung der „alten Wehrpflicht“ wird ausgeschlossen. Sie wollen stattdessen auf Freiwilligkeit und stärkere Anreize für Wehrdienstleistende setzen. Die Oppositionspartei CDU hat indes die Wehrpflicht im Sinne einer allgemeinen Dienstpflicht in ihr neues Grundsatzprogramm aufgenommen. Aber auch Lars Klingbeil, Parteivorsitzender der SPD, zeigte sich offen für die Diskussion um soziale und militärische

Pflichtdienste; damit steht er Eva Högls (Wehrbeauftragte, SPD) und Pistorius' Positionen nahe, die sich mittlerweile auch öffentlich für eine allgemeine Dienstpflicht für alle ausgesprochen haben.⁷

Auf einer Leitungsklausur des Bundesverteidigungsministeriums in Osnabrück bekam Pistorius erste Konzepte vorgelegt. Ein BMVg-internes Referat, das zuständig für Strategie und Grundlagen der Verteidigungspolitik ist, hatte drei Modelle für den Wehrdienst ausgearbeitet, über die zuerst in der Welt berichtet wurde.⁸ Das erste Modell beinhaltete die „Optimierung“ des „Status quo“, es sei der vorsichtigste aller drei Vorschläge, denn es sei keine Wehrpflicht vorgesehen. Es handle sich dabei um den Versuch, die Möglichkeiten des freiwilligen Wehrdienstes besser auszuschöpfen. Alle deutschen Staatsbürger*innen sollen „mit Erreichen des 18. Lebensjahrs“ erfasst werden und Infomaterial der Bundeswehr zugeschickt bekommen. Freiwillig sollen sie zudem einen Online-Fragebogen ausfüllen können, der eine Selbsteinschätzung bezüglich „physische[r] Fitness“ und „psychischer Gesundheit“ verlangt und darüber hinaus „die persönliche Einstellung“ zur Bundeswehr wie „die Motivation zum Wehrdienst“ feststellt. Bei bestehendem Interesse folgten dann ein „Beratungsgespräch und eine Potenzialanalyse“. Der Vorteil dieses Konstrukts bestehe darin, dass gesetzlich nur unwesentliche Veränderungen vorgenommen werden müssten. Es bräuchte jedoch eine neue Wehrerfassungsorganisation, welche die Fragebögen erstellt, auswertet, Daten speichert und anschließend die Musterungen durchführt. Daraus ergebe sich ein zeitlicher, personeller und finanzieller Aufwand, der ausschließlich an die Hoffnung geknüpft sei, dass sich durch „frühzeitige Kontaktaufnahme“ mit einem ganzen „rund 750.000“ junge Bürger*innen umfassenden Jahrgang mehr Freiwillige auf den Wehrdienst einlassen würden und für längere Zeit bei der Bundeswehr verpflichteten. Bereits bei der Vorstellung der Modelle wurde geäußert, dass die „Hoffnung [...] nicht sehr groß“ sei, mit dem ersten Modell genug Bewerber*innen zu finden, die den Bedarf der Bundeswehr decken könnten.⁹

Das zweite Modell wurde vom BMVg als „grundgesetzkonforme Auswahlwehrpflicht“ bezeichnet. Dieses beinhalte eine Wehrpflicht für Männer, während Frauen weiterhin freiwillig angeschrieben werden können. Der im ersten Modell noch freiwillige „Online-Fragebogen und die Musterung“ solle „für Männer verpflichtend“ werden; dies solle „im Sinne der Wehrgerechtigkeit und der gesellschaftlichen Akzeptanz von einem umfassenden Anreizmodell flankiert werden“. Argumentiert wird im zuständigen Referat folgendermaßen: „Gegenüber unseren Partnern in Europa, systemischen Rivalen so-

wie im Bündnis ist die Reaktivierung als Auswahlwehrpflicht ein starkes politisches Signal.“ Es sei aus personeller Hinsicht geeignet, den Bedarf zu decken und die Lücken zu schließen; außerdem müsste das Grundgesetz nicht geändert werden, solange man nur Männer verpflichtet. Eine Anpassung des Wehrpflichtgesetzes genüge, denn „die Entscheidung zwischen einer Wehrpflicht- und einer Freiwilligenarmee sei grundsätzlich vom Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers gedeckt“. Die aktuelle außen- und sicherheitspolitische Lage mit dem Ukraine-Krieg in Europa mache die „einfachgesetzliche Wiederbelebung der Wehrpflicht grundsätzlich jederzeit und auch kurzfristig möglich“. Zwar müsse der Gesetzgeber die Grundrechte der betroffenen jungen Männer mit dem Verfassungsauftrag von „funktionstüchtigen Streitkräften“ prüfen, doch eine Auswahl von Wehrpflichtigen nach dem Bedarf der Streitkräfte sei mit „sachgerechten“ Kriterien und einem Lastenausgleich in Form bestimmter Vorteile oder Vergünstigungen rechtlich umsetzbar. Gesellschaftspolitisch gebe es noch Hürden, genannt wird zum einen die skeptische Haltung gegenüber der Wehrpflicht in der jüngeren Generation, und auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften teilten diese Haltung. Die Wehrgerechtigkeit wird als „Kernfrage“ im politischen Diskurs eingestuft, welche den ersatzmäßigen Zivildienst wieder aufbringe, der einer Reaktivierung der Wehrpflicht „zwangsläufig“ folgen müsste. Angesprochen wurde in diesem Kontext schließlich der Mehraufwand, welcher ein Ausbau der Wehrverwaltung nach sich ziehe: „Mehrere Tausend Dienstposten an bundesweit 40 Standorten“ müssten geschaffen werden, zusätzlich zu neuer Infrastruktur und Ausrüstung für die Wehrdienstleistenden, hieß es im Konzept des Bundesverteidigungsministeriums laut Welt-Bericht.¹⁰

Das dritte erwogene Modell beinhaltet die "geschlechtsneutrale Wehrpflicht" und "allgemeine Dienstpflicht“. Dabei würde die zweite Option um „Geschlechtsneutralität“ erweitert. Alle Männer und Frauen ab 18 Jahren wären gezwungen den Online-Fragebogen der Bundeswehr auszufüllen, Ausgewählte müssten dann zur Musterung antreten. Die Modell-Planer*innen nehmen ganz optimistisch an, dass sich in einem Ganzen, zur staatlichen Verfügung stehenden Jahrgang „im Wesentlichen“ mehr „Freiwillige“ als benötigt finden würden. Und ausgehend von dieser dritten Option könne dann „die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht diskutiert werden“, welche im Sinne der Wehrgerechtigkeit für eine „gleichmäßige Belastung“ Sorge. Im „Sinne der Gesamtverteidigung“ ginge es nicht nur um den Wehrdienst, sondern auch um Dienste bei Feuerwehr, Sanitätären oder dem Technischen Hilfswerk.

Von diesem Modell der allgemeinen, geschlechtsneutralen Wehr- und Dienstpflicht erhofften sich die Ministerialen scheinbar am meisten, vor allem den bestehenden Bedarf zu decken. Weil eine „umfassende Betroffenheit erzeugt“ werde, rücke „der Dienst in den Streitkräften“ gesamtgesellschaftlich in den Brennpunkt. Betont wird, dass eine „umfassende Änderung von Gesetzesgrundlagen zur Schaffung einer zwangsweisen Musterung und Einberufung“ inklusive Verfassungsänderung zur Umsetzung der Geschlechtsneutralität notwendig wäre. Erforderlich wären zur Umsetzung dieses dritten Modells weitere Dienstposten in der Wehrverwaltung, von der Erfassung über die Durchführung der Musterung bis hin zur Überwachung, welche „eine nochmals andere Dimension“ annehmen dürften. Zum Abschluss wird erörtert, dass die geschlechtsneutrale allgemeine Dienstpflicht zwar gegenüber dem zweiten Modell keinen militärstrategischen Mehrwert bringe, aber als „gesamtgesellschaftlich zeitgemäß und durchaus vermittelbar“ angesehen werde.¹¹

Pistorius' „Neuer Wehrdienst“

Obwohl Verteidigungsminister Boris Pistorius klar die Maximalvariante präferierte, rückte er unter anderem deshalb davon ab, weil ihm Kanzler Olaf Scholz in die Parade fuhr. Mit Blick auf die Wahlen 2025 wollte der von einer Re-Aktivierung der Wehrpflicht nichts wissen, mutmaßlich auch deshalb, weil das Thema vor allem unter den Erstwähler*innen extrem unbeliebt ist.



Screenshot: bundeswehrkarriere.de.

Unter anderem aus der Befragung „MDRfragt“ im Zeitraum von 12. bis 16. April 2024 wird ersichtlich, dass besonders ältere Menschen der Wiedereinführung der Wehrpflicht zustimmen würden (61 % ab 30 Jahre, 68 % ab 65 Jahre und älter). Jüngere Personen, um deren Leben und Entscheidungsfreiheit es geht, sind dagegen stärker gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, unter ihnen stimmen weniger als ein Drittel zu (32 % der 16 bis 29-Jährigen).¹²

Vor diesem Hintergrund bezeichnete Kanzler Scholz die Personalprobleme der Bundeswehr Ende Mai 2024 als eine „überschaubare“ Aufgabe. Eine Rückkehr der Wehrpflicht sei zum Zweck der Personalgewinnung aus Scholz' Perspektive nicht realisierbar, deshalb werde sie auch nicht erwogen. Eine „Stockholmer Blutgrätsche“ sei das gewesen, mit der Scholz seinen Verteidigungsminister „in Fragen der Wehrpflicht ausgebremst“ habe, analysiert der Politikwissenschaftler Carlo Masala von der Bundeswehr-Universität München.¹³

Das schlussendliche Modell, welches Verteidigungsminister Boris Pistorius am 12. Juni 2024 im Verteidigungsausschuss und anschließend bei der Bundespresskonferenz vorstellte, setzte allerdings nicht ausschließlich auf Freiwilligkeit; neu ist ein verpflichtendes Element – der Fragebogen: Alle 18-jährigen Männern und Frauen eines Jahrgangs im sogenannten „wehrdienstfähigen Alter“ sollen von der Bundeswehr angeschrieben werden. Die etwa 400.000 jungen Männer wären zu einer Antwort verpflichtet, während dies für die Frauen freiwillig bliebe. Es drohe womöglich eine Strafe in Form eines Bußgeldes für diejenigen Männer, die den Fragebogen nicht zurücksenden, heißt es aus dem BMVg. „In dem Fragebogen soll es unter anderem darum gehen, ob man sich den Dienst an der Waffe grundsätzlich vorstellen kann.“ Pistorius rechne nach eigenen Angaben damit, dass 100.000 der angeschriebenen Männer dazu bereit wären.¹⁴

Auf Grundlage der Fragebögen sollen rund 40.000 Personen eines Jahrgangs ausgewählt und zur Musterung eingeladen werden. Der Idee nach sollen sie selbst entscheiden können, ob sie den Wehrdienst ableisten. Pistorius erwartet, dass so ab 2025 zusätzlich zu den aktuell rund 10.000 freiwillig Wehrdienstleistenden bis zu 5.000 weitere Wehrdienstleistende ausgebildet werden können. Langfristig sollen noch weitere Kapazitäten geschaffen werden, die Zahl der Wehrdienstleistenden soll steigen. „Als limitierenden Faktor sieht Pistorius derzeit noch die Infrastruktur: Schließlich müssen die Neuzugänge alle untergebracht, ausgestattet und ausgebildet werden. Die Kosten für die ersten 5.000 neuen Wehrdienstleistenden schätzt er auf rund 1,4 Milliarden Euro“.¹⁵

Das bisherige Modell des Freiwilligen Wehrdienstes wird in das Modell „Neuer Wehrdienst“ überführt. Der Grundwehrdienst soll sechs Monate umfassen, freiwillig könne der Wehrdienst auf bis zu 23 Monate verlängert werden. Erwartet wird, dass sich viele junge Frauen und Männer freiwillig melden. Für diejenigen, die den Wehrdienst über die 6 Monate hinaus leisten wollen, bietet die Bundeswehr Weiterbildungsmöglichkeiten an.

Für die Bündnisverteidigung werde ein Verteidigungsumfang von rund 460.000 Soldat*innen benötigt, davon 200.000 aktive stehende Streitkräfte und 260.000 Reserve. Ein großer Teil müsse schnell aus den Reservisten aufwachsen können.¹⁶ Durch den Neuen Wehrdienst sollen 100.000 neue Reservist*innen generiert werden. Pistorius plant, dass 60.000 Reservist*innen aus den ausscheidenden Zeitsoldat*innen geschöpft werden können und 100.000 weitere sich freiwillig aus dem Pool der Ehemaligen unter 65-jährigen (ca. 800.000) finden lassen.

Die Umsetzung der Wehrdienstpläne benötigt die Neuaktivierung der Wehrrfassung und Wehrüberwachung, die es bis dato nicht mehr gab. In Zusammenarbeit mit den Meldeämtern wurde bisher das Infomaterial der Bundeswehr an potenzielle Wehrdienstleistende gesendet. Dieses Vorgehen ist gesetzlich geregelt: Die kommunalen Meldeämter sind verpflichtet „ausgewählte persönliche Daten zu den Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft [...], die im nächsten Jahr volljährig werden“ an die Bundeswehr zu übermitteln.¹⁷ Auf dieser Grundlage kann nun auch das Informationsmaterial zum Fragebogen für den „Neuen Wehrdienst“ versendet werden. Die im Fragebogen getätigten persönlichen Angaben sollen nach der Erfassung gespeichert und ausgewertet werden. Damit kann abhängig von Motivation, Fähigkeiten, Eignung und je nach Bedarf der Bundeswehr zur Musterung geladen werden.¹⁸


Inwiefern die umstrittenen Kriterien der „Wehrrechtigkeit“ in Zukunft erfüllt werden, ist bisher unklar, vermutlich wird sich darauf berufen, dass der Anteil an Freiwilligkeit noch recht hoch ist. Gesetzlich geändert werden müssen für das aktuelle Vorhaben das „Wehrpflichtgesetz“ und das „Soldatengesetz“, dies wären im Gegensatz zu einer Grundgesetzänderung (Wehrpflicht für Frauen) nur einfachgesetzliche Maßnahmen. In dieser Legislaturperiode wird der Bundesverteidigungsminister allem Anschein nach keine allgemeine Dienstpflicht und auch keine Wehrpflicht für Frauen einführen. Man möchte sich darauf begrenzen, dem „Neuen Wehrdienst“ die gesetzliche Grundlage zu verschaffen, sowie die für die Musterung notwendigen Strukturen und Kapazitäten in der Bundeswehr aufzubauen.

Prolog der Wehrpflicht?

Mit dem „Neuen Wehrdienst“ sollen zunächst 5.000 weitere Wehrdienstleistende ausgebildet werden, die Zahl dieser und die Ausbildungskapazitäten sollen aber in den nächsten Jahren schrittweise erhöht werden. Dennoch wird durchaus bezweifelt, ob die Bundeswehr mit dem nun vorgestellten Wehrdienst die Zielgröße von 203.000 Soldat*innen (geschweige denn noch mehr) erreichen können. Spätestens wenn sich diese Erkenntnis durchsetzt, könnte es sehr schnell mit jeder Freiwilligkeit gänzlich vorbei sein, wie teils auch offen eingeräumt wird: „Sollte die Zahl der Freiwilligen nicht reichen, muss es die Pflicht geben. Da bin ich mir mit Boris Pistorius einig“, sagte die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD) gegenüber der Welt.¹⁹ Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass eine schrittweise Ausweitung des „Neuen Wehrdienst“ zu einer (geschlechtsneutralen) allgemeinen Wehrpflicht mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgen wird.

Anmerkungen

- 1 Personalzahlen der Bundeswehr, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de) (30.6.24).
- 2 Petersen, Lars: Selbst Wehrpflicht hilft wohl nicht: Hat die Bundeswehr nicht genügend Soldaten, um Deutschland zu verteidigen? 18.5.2024, [Business Insider](https://www.businessinsider.com).
- 3 Gebaur, Matthias/ Korbaki, Marina: Der eine denkt vom Frieden her, der andere vom Krieg, 7.6.2024, [Spiegel](https://www.spiegel.de).
- 4 Wehrbericht der Wehrbeauftragten Högl von 2023, S. 45.
- 5 Kampagne „Unter 18 nie“.
- 6 Bundeswehr, [BE Strong 1/2024](https://www.bundeswehr.de).
- 7 SPD-Chef zeigt sich offen für soziale oder militärische Dienste, 9.5.2024, [Zeit](https://www.zeitung.de). Wehrbeauftragte Högl: „Pflicht beim Wehrdienst unumgänglich“ 15.6.2024, [Deutschlandfunk](https://www.deutschlandfunk.de).
- 8 Jungholdt, Thorsten: So plant Pistorius die Wehrpflicht-Wende, 13.5.2024, [Welt](https://www.welt.de).
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Siebenhaar, Anna: Deutliche Mehrheit für Rückkehr zur Wehrpflicht, 6.5.2024, [MDR](https://www.mdr.de).
- 13 Jungholdt, Torsten: Das Ende der „Zeitenwende“, 31.5.2024, [Welt](https://www.welt.de).
- 14 Neuroth, Oliver: Pistorius hofft durch Fragebogenpflicht auf 5.000 neue Wehrdienstleistende pro Jahr, 12.06.2024, [Rbb](https://www.rbb.de).
- 15 Ebd.
- 16 Wiegold, Thomas: Dokumentation Konzept „neuer Wehrdienst“, 12.6.2024, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net).
- 17 Darum kommen Infoschreiben von der Bundeswehr, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), 30.5.2023.
- 18 Aßmann, Tim/ Clement, Kai: Wie der neue Wehrdienst aussehen könnte. 12.6.2024, [Tagesschau](https://www.tagesschau.de).
- 19 Wehrbeauftragte hält Pflicht beim Wehrdienst für unausweichlich, 15.6.2024, [Welt](https://www.welt.de).

 **Die Langfassung weiterlesen auf [imi-online.de](https://www.imi-online.de)** 